

Die belgischen Autoren Ludo De Brabander und Georges Spriet sehen in der global operierenden NATO ein geostrategisches Instrument der USA zur Welteroberung.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 105/12 – 25.05.12

Die global operierende NATO: Ein geostrategisches Instrument zur Welteroberung

Historischer Rückblick und Analyse der Entwicklung der NATO von 1949 bis 2012

Von Ludo De Brabander und Georges Spriet, vrede.be – 2012-05-17

Global Research, 18.05.12

(<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=30899>)

Die North Atlantic Treaty Organisation / NATO wurde 1949 gegründet. Ihre Befürworter behaupten, dieser Militärallianz sei es gelungen, einen Damm gegen den aggressiven kommunistischen Expansionsdrang zu bauen, der Westeuropa mit einem Krieg bedroht habe. Das Gerede von einem drohenden Krieg wurde in den Medien ständig hochgespielt. Sie erinnerten immer wieder an die Berliner Blockade, an den Korea-Krieg, an die Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn oder an das Ende des Prager Frühlings. Historische Aussprüche wie der berühmte Satz, "Wir haben Angst!", den Paul-Henri Spaak, der damalige belgische Außenminister, in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung im September 1948 geäußert hatte, sollten ein starkes Bedrohungsgefühl hervorrufen. Damit wurde der Westen genötigt, sich zu bewaffnen und die NATO zu gründen, die den Feind abschrecken und nötigenfalls militärisch bekämpfen sollte.

Eine gründlichere Recherche und Analyse der Fakten ergibt jedoch ein ganz anderes Bild – mit vielen unterschiedlichen Nuancen. Die Gründung der NATO hat viel weniger mit der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion als mit ideologischen, wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen zu tun. Sogar der Hardliner John Foster Dulles, der von 1953 bis 1959 US-Außenminister war, hat 1949 gesagt: "Ich kenne keinen höheren militärischen oder zivilen Offiziellen in der Regierung der USA oder eines anderen (westlichen) Staates, der ernsthaft daran glaubt, dass die Sowjets jetzt Eroberungen durch eine offene militärische Aggression planen."

Außerdem hat Paul-Henri Spaak nur aus politischem Opportunismus seine berühmte Rede gehalten. Inzwischen ist erwiesen, dass weder er noch viele seiner Kollegen wirklich an eine konkrete militärische Bedrohung durch die Sowjetunion glaubten. Ursprünglich war Spaak sogar gegen den Atlantikpakt, weil er wusste, dass er zur Teilung Europas führen würde. Im Interesse Belgiens hielt er vor allem eine schnelle Erholung Deutschlands für geboten, und die war nur mit Hilfe der USA möglich. [1]

Der Marshall-Plan

Diese Hilfe kam mit dem Marshall-Plan, der nicht der Selbstlosigkeit der USA entsprang, sondern der Umsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele diente. Den ersten Grund lieferte die schwierige Situation der US-Wirtschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg riskierten die USA eine Wirtschaftskrise, weil die europäische Kaufkraft fehlte. William Clayton, der im US-Außenministerium für Wirtschaftsangelegenheiten zuständig war, schrieb 1947 zur Begründung von Hilfeleistungen an das Ausland an seinen Chef George Marshall: "Lassen Sie uns nicht lange drum herum reden, wir brauchen Märkte – wirklich große Märkte – auf denen wir kaufen und verkaufen können." [2] Die (mit dem Marshall-

Plan verfolgte) Absicht bestand nicht darin, anderen Ländern zu helfen; es ging vor allem darum, den auch in Europa agierenden multinationalen US-Konzernen durch eine Ausweitung des Einflusses der US-Regierung neue Einnahmequellen zu verschaffen. Der Marshall-Plan war auch von Vorteil für US-Firmen (wie Opel und Ford) in Deutschland, die während der Kriegsjahre weiter produziert hatten und jetzt neue Märkte brauchten. Mit einem großangelegten Wiederaufbauplan mussten die Produktion und die Konsumption wieder angekurbelt werden. Ein weiterer Grund war die Angst, wegen der wirtschaftlichen Probleme Europas könnte der Einfluss der kommunistischen Parteien und damit der Sowjetunion auch in den westlichen Staaten wachsen und zum Hindernis für die kapitalistischen Zielsetzungen der USA werden.

Deutschland spielte dabei eine entscheidende Rolle. Washington war davon überzeugt, dass der Wiederaufbau Europas nur möglich wäre, wenn die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft Teil des Aufbauplanes wurde. In anderen europäischen Hauptstädten war die Angst noch allgegenwärtig, dass ein wirtschaftlich erstarktes Deutschland auch wieder ein militärisch starkes Deutschland würde. Auf der Konferenz von Jalta hatten sich die führenden Politiker der Alliierten – Roosevelt, Churchill und Stalin – darauf verständigt, dass hauptsächlich die großen Industriebetriebe an der Ruhr, welche die Nazis unterstützt hatten, demontiert werden müssten. Das wäre jedoch ein gewaltiger Rückschlag für das US-Kapital und seine Investitionen in Deutschland gewesen. Präsident Truman, der dem verstorbenen Roosevelt nachfolgte, tat alles in seinen Kräften Stehende, um die Kontrolle über das Ruhrgebiet zu gewinnen, das zur britischen Besatzungszone gehörte. Am 1. Januar 1947 wurden die amerikanische und die britische Besatzungszone vereinigt. Das war der erste Schritt zur Teilung Deutschlands nach dem Krieg. Es war gleichzeitig ein schwerer Schlag für die Sowjetunion, weil Moskau eigentlich ein vereinigt, neutrales und entmilitarisiertes Deutschland wollte, das ihm die angerichteten Kriegsschäden ersetzen konnte. Das Ruhrgebiet hätte dabei eine wichtige Rolle gespielt. Der einseitigen Abtrennung der Bizone, in die später noch die französische Besatzungszone eingegliedert wurde, folgte die Einsetzung einer deutschen Regierung und die Einführung einer neuen Währung in den drei (vereinigten westlichen) Besatzungszonen. Die wütende Sowjetunion reagierte mit der Blockade Berlins, und in Europa brach der Kalte Krieg aus.

Washington schaffte es, das Misstrauen der europäischen Staaten gegen ein wieder erstarkendes Deutschland mit zwei politischen Schachzügen zu beseitigen. Erstens wurde mit Hilfe des Marshall-Planes die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas stimuliert und aus 16 Staaten die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit / OEEC gegründet. Zweitens wurden Europa und die USA durch eine Militärallianz verbunden, die den europäischen Staaten die Angst vor der Wiedergeburt des deutschen Militarismus nehmen sollte.

Bereits Präsident Eisenhower erklärte, dass der Aufbau der Militärallianz NATO auch wirtschaftlichen und geopolitischen Zwecken diene: "Wir wissen, dass wir mit allen freien Völkern nicht nur durch eine edle Idee, sondern auch aus purer Notwendigkeit verbunden sind. Keine freies Volk kann seine Privilegien lange und in Sicherheit genießen, wenn es wirtschaftlich auf sich allein gestellt bleibt. Trotz unserer eigenen wirtschaftlichen Macht, brauchen wir Märkte auf der ganzen Welt, die uns die Überschüsse unserer Farmen und unserer Fabriken abkaufen. Gleichzeitig brauchen wir für die gleichen Farmen und Fabriken lebenswichtige Rohstoffe und Produkte aus anderen Ländern. Dieses grundlegende Gesetz der gegenseitigen Abhängigkeit, das schon für den Handel in Friedenszeiten zu beachten ist, gilt mit tausendfacher Intensität im Falle eines Krieges." [3] Hinter dem Schild der NATO konnten die westeuropäischen Länder mit Hilfe des Marshall-Planes ihre Wirtschaften wieder aufbauen und modernisieren. Gleichzeitig entwickelte sich auch der US-Kapitalismus weiter, weil er den Zugriff auf und die Kontrolle über Westeuropa gewann.

Wirtschaftliche Interessen und Aufrüstung

Den US-Unternehmen waren die Vorteile einer Überschätzung der sowjetischen Bedrohung sehr wohl bewusst. Der Präsident von General Electric freute sich sehr über die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die ein (drohender) Krieg bot, und schlug eine "dauerhafte Kriegswirtschaft" mit einer anhaltenden Verbindung zwischen der Rüstungsindustrie und den Streitkräften vor. [4] Präsident Truman und seine Regierung taten alles, um den Kalten Krieg anzuzünden. Die Propaganda, die sie in den ersten Nachkriegsjahren und während des Korea-Krieges [1950-1953] betrieben, erzeugte ein Klima der Hysterie und der Angst vor dem Kommunismus, und die Militärs verhalfen mit ihren riesigen Beschaffungsaufträgen der US-Wirtschaft zu einem gewaltigen Aufschwung. Die US-Regierung brauchte keinen großen Widerstand gegen ihre Politik der permanenten Aufrüstung zu fürchten. Die hohen Militärausgaben garantierten der Rüstungsindustrie eine bleibende Auslastung. Im Jahr 1955 stiegen die Militärausgaben auf 40 Milliarden Dollar – in einem Gesamthaushalt von 62 Milliarden Dollar.

Die Rüstungsbetriebe machten mit der "Verteidigung" riesige Profite. Zwei Drittel aller Militärausgaben flossen in nur zwölf riesige Konzerne, die ausschließlich für den militärischen Bedarf der US-Regierung produzierten. Diese Situation spitzte sich so zu, dass Präsident Eisenhower in seiner Abschiedsrede im Januar 1961 vor der großen Gefahr warnte, die von dem "militärisch-industriellen Komplex" ausging (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4risch-industrieller_Komplex). Er war zwar der Meinung, dass die USA ihre Rüstungsindustrie am Laufen halten sollten, forderte aber dazu auf, dem militärisch-industriellen Komplex nicht zu viel Einfluss zu gestatten, auch wenn dieser ihn nicht offen fordere. [5] Als Deutschland 1955 in die NATO aufgenommen wurde, drohte der Kalte Krieg heiß zu werden. Neun Tage später reagierte die Sowjetunion mit der Gründung des Warschauer Paktes, der alle kommunistischen Staaten Osteuropas einschloss.

Ein Jahr später verabschiedete der Nordatlantikat, das höchste Entscheidungsgremium der NATO, eine Resolution, die den Bericht einer Expertenkommission billigte, in dem (den NATO-Mitgliedern) eine engere politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit empfohlen wurde. Unter klarer Bezugnahme auf die (Plan-)Wirtschaft kommunistischer Staaten wurde in dem Bericht festgestellt, in dem Wettbewerb (zwischen Kapitalismus und Kommunismus), der durch die (friedliche) Koexistenz entstehe, werde sich die freie westliche Wirtschaft durch die Förderung des Wohlstandes der Menschen und des wirtschaftlichen Fortschritts als überlegen erweisen. [6] Die Resolution empfahl zwischen den Zeilen gleichzeitig die Ausweitung des Bündnisgebietes auf die ganze Welt, weil der Einfluss und die Interessen der Mitgliedsstaaten auch außerhalb des NATO-Gebietes gefährdet werden könnten. Der NATO wurde damit ein formeller wirtschaftlicher Auftrag erteilt, nämlich den freien Markt zu schützen.

1973 wurde auf Initiative David Rockefellers die Trilaterale Kommission gegründet (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Trilaterale_Kommission), die das Bündnis gegen die Sowjetunion stärken und eine engere Zusammenarbeit zwischen den USA, Europa und Japan herbeiführen sollte. Die Kommission wollte der ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Bedrohung durch den Kommunismus und die revolutionären Bewegungen in der dritten Welt mit der Stabilisierung, Internationalisierung und Ausweitung des kapitalistischen Systems auf drei Kontinenten begegnen. Die Mitglieder dieses elitären Zirkels kamen aus höchsten politischen und militärischen Kreisen der drei Kontinente. Der Einfluss (der Trilateralen Kommission) wuchs sprunghaft an, als Zbigniew Brzezinski, einer ihrer Gründer, zum Sicherheitsberater des Präsidenten Jimmy Carter [1977-1981] aufstieg. Auf Betreiben Rockefellers hatte er schon beim Aufbau der Kommission eine führende Rolle gespielt. Brzezinski konzentrierte sich besonders auf die Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China. Gleichzeitig forderte er die Sowjetunion dadurch heraus, dass er (mit

Hilfe der CIA) die Mudschaheddin in Afghanistan bewaffnen ließ, um ihren Kampf gegen eine moskautreue Regierung zu unterstützen, die militärische Hilfe aus der Sowjetunion angefordert hatte.

Die US-Politik innerhalb und außerhalb der NATO wurde zunehmend von den politischen Leitlinien bestimmt, die Brzezinski aufgestellt hat. In seinem Buch "The Grand Chessboard" (Das große Schachbrett, s. http://en.wikipedia.org/wiki/The_Grand_Chessboard) hat er seine Strategie später ausführlich dargestellt. Darin fordert er eine bleibende US-Präsenz in Europa – als Brückenkopf für die Durchsetzung der geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen der USA. Weil die Sowjetunion isoliert und zurückgedrängt werden sollte, war die Unterstützung des afghanischen Widerstands, der die Rote Armee in große Bedrängnis brachte, mehr als plausibel. Das Auseinanderbrechen der Sowjetunion zu Beginn der neunziger Jahre (des 20. Jahrhunderts) machte den Weg frei für das "Große Spiel" um das öl- und gasreiche Zentralasien, und Afghanistan wurde zum Schlüssel für den Zugang zu dieser Region.

Das Ende des Kalten Krieges

Mit dem am 3. Dezember 1989 auf (dem russischen Kreuzfahrtschiff "Maxim Gorki" vor) Malta arrangierten historischen Gipfeltreffen zwischen dem US-Präsidenten George Bush (Sen.) und dem sowjetischem Staatspräsidenten Michail Gorbatschow wurde der Kalte Krieg von den beiden führenden Politiker der Welt praktisch beendet (s. dazu auch <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/20Jahre/2009-12-02-vor-20-jahren-treffen-in-stuermischer-see.html>). In den Medien und in politischen Kreisen kursierte die Idee, mit dem Ende des Kalten Krieges sei auch das Ende der beiden Militärbündnisse (NATO und Warschauer Pakt) gekommen. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten [im Oktober 1990], der Auflösung des Warschauer Vertrages [Mitte 1991] und dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion [Ende 1991] hatten sich die offiziellen Gründe für die Existenz der NATO verflüchtigt. Vor seiner Auflösung machte der Warschauer Pakt noch den Vorschlag, die beiden rivalisierenden Bündnisse in einem "neuen europäischen Sicherheitssystem" zusammenzuführen.

Andere träumten von einer Aufwertung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa / OSZE (weitere Infos dazu unter http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_f%C3%BCr_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa), der die (in beiden Bündnissen zusammengeschlossenen) Staaten ohnehin angehörten. Die OSZE hat den Vorteil, ein politisches Forum und keine militärische Organisation zu sein und verfügt außerdem über den Status einer regionalen Sicherheitsorganisation, der in der UN-Charta beschrieben ist. Die USA befürchteten jedoch, mit der Auflösung der NATO die politisch-militärische und damit auch die wirtschaftliche Kontrolle über Europa zu verlieren. Deshalb entschieden sie sich dafür, ehemaligen Ostblock-Staaten eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der NATO anzubieten (Partnerschaft für den Frieden, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Partnerschaft_f%C3%BCr_den_Frieden) oder Staaten, die dem Warschauer Pakt angehört hatten, als neue Mitglieder in die NATO aufzunehmen.

Obwohl die westlichen Staatsoberhäupter auf dem Londoner NATO-Gipfel im Juli 1991 das Ende des Kalten Krieges bestätigten, diskutierten sie nicht über die Auflösung, sondern nur über eine Reform der NATO. Sie betonten, dass die Gefahr, die früher von der Sowjetunion ausging, noch nicht völlig beseitigt sei. Weil das nicht sehr überzeugend klang, wurde in atlantischen Kreisen auch das Argument benutzt, die NATO müsse sich auf "neue Bedrohungen" einstellen. Sir Michael Alexander, der ständige Vertreter Großbritanniens bei der NATO, erklärte: "Wenn repressive Regime untergehen, könnten lange aufgestaute politische, wirtschaftliche und ethnische Konflikte aufbrechen." [7] Er plädierte für eine neue "Out-of-Area-Strategie" der NATO, damit man auch auf Konflikte an der Süd-

flanke der NATO reagieren könne; er wies schon damals darauf hin, dass von Nordafrika oder vom Mittleren Osten, die größte Bedrohung für die Sicherheit Europas ausgehen könnte.

Die Annahme, dass aus dem Zusammenbruch politischer Systeme in Osteuropa neue Bedrohungen erwachsen könnten, war vermutlich kein reines Fantasieprodukt, es gab aber noch ganz andere Gründe für die Beibehaltung der NATO. Einige Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer sammelte das Pentagon [im Juni 1995] in einem Strategie-Papier, das sich mit der Sicherheit Europas und der Rolle der NATO befasste, politische, wirtschaftliche und kulturelle Argumente, mit denen begründet werden konnte, warum eine anhaltende US-Präsenz in Europa von großer Wichtigkeit für die USA war. "Ein demokratisches, ungeteiltes, stabiles und wohlhabendes Europa, mit dem wir handeln und in das wir investieren können, liegt im Interesse der USA; es kann die USA politisch, wirtschaftlich und militärisch auf dem europäischen Kontinent und in anderen wichtigen Teilen der Welt unterstützen." [8] In seinem Strategie-Papier betonte das Pentagon auch die vielen wirtschaftlichen Vorteile, die den USA aus der Zusammenarbeit mit Europa erwachsen: "Diese Zusammenarbeit schafft neben Jobs für die US-Arbeiter auch viele Vorteile für US-Unternehmer und verhilft uns zu Qualitätsprodukten für die US-Verbraucher." [9] Dieses Dokument erklärt auch, warum die USA eine eigene europäische Sicherheitspolitik akzeptieren können: Sie würde nicht nur die US-Militärausgaben verringern, sondern auch die sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA absichern helfen.

Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 erweckte alte geostrategische Absichten zu neuem Leben. Kurz danach schied ein wichtiger Teil Mittel- und Osteuropas ebenfalls aus dem Einflussbereich Sowjetrusslands aus. Die Sowjetunion hörte am 25. Dezember 1991 auf, zu bestehen. Damit wurde das Feld für neue Mitspieler frei, und die NATO ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen. Dabei spielten sicher auch wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle. Minister der NATO-Staaten erklärten [im Juni 1991] in Kopenhagen: "Wir setzen die Unterstützung der Reformen in ost- und westeuropäischen Staaten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln fort ..., parallel zu unseren Bemühungen um die Einführung einer modernen, konkurrenzfähigen Marktwirtschaft." [10] In der im November 1991 in Rom abgegeben Erklärung wurde noch klarer formuliert, welche Entwicklungen man auch in der Sowjetunion erwartete: "Die Verbündeten sind absolut überzeugt davon, dass die politischen Veränderungen auch zu wirtschaftlicher Freiheit und zur Schaffung von Marktwirtschaften führen werden. Wir unterstützen die Entwicklung einer Wirtschaftspolitik, die Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den (bisherigen Volks-)Republiken im Interesse des Wachstums und der Stabilität fördert." [11] Natürlich sahen die USA dabei die NATO in einer wichtigen Rolle, weil sie die US-Präsenz in Europa legitimierte und Washington die Führung (in dem Annäherungsprozess) ermöglichte. Nicht alle europäischen Mitgliedstaaten sahen das genau so. Deutschland, das sich später sehr engagiert für die erste Ausweitung der NATO auf Polen, Ungarn und Tschechien einsetzte, handelte aus sehr opportunistischen Gründen. Berlin war tatsächlich sehr beunruhigt über eine mögliche Instabilität an seinen Ostgrenzen, aber seine wirtschaftliche "Ostpolitik" sollte die "Deutsche Wirtschaft" vor allem auch mit neuem Sauerstoff versorgen. Das zweite Ziel konnte auch über die Europäische Union erreicht werden. Deutschland setzte auf zwei Pferde, spielte also in wechselnden Koalitionen mit.

Out-of-Area-Einsätze

Im NATO-Vertrag von 1949 (s. http://www.nato.int/cps/en/SID-C336E995-BCF64E26/nato-live/official_texts_17120.htm) ist der regionale Aktionsradius der Allianz stark eingeschränkt. Artikel 6, der das Ausmaß der gemeinsamen Reaktion auf einen militärischen Angriff auf einen Mitgliedsstaat [Artikel 5] regelt, wurde während des Kalten Krieges so restriktiv interpretiert, dass Out-of-Area-Einsätze (Einsätze bei Angriffen auf Gebiete außer-

halb des Territoriums der Mitgliedsstaaten) praktisch ausgeschlossen waren. Damit sollte gesichert werden, dass die NATO ihre Verteidigungsbereitschaft vor allem auf Europa (und Nordamerika) konzentrierte und sich nicht in Kriege um die Kolonien einiger Mitgliedsstaaten hineinziehen ließ. Außerdem stand die politische Klasse Deutschlands wegen dessen kriegerischer Vergangenheit Out-of-Area-Einsätzen sehr kritisch gegenüber. 1983 schrieb Manfred Wörner, der damalige deutsche Verteidigungsminister, für sein Land sei "der Einsatz von Truppen außerhalb des NATO-Gebietes unvorstellbar". [12] Nach dem Fall der Berliner Mauer und besonders in der Jugoslawien-Krise änderte sich allerdings diese deutsche Einstellung.

Die Auflösung des Warschauer Paktes und der Zerfall der Sowjetunion veränderten die strategische Grundorientierung (der NATO). Die transatlantische Allianz war nun mit einem existenziellen Dilemma konfrontiert, das häufig mit dem Slogan "out of area or out of business" (Wenn wir uns nicht zu Einsätzen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes entschließen, sind wir raus aus dem Geschäft.) beschrieben wurde. [13] Die NATO regierte auf dieses Dilemma zunächst mit einem ihren Machtbereich ausweitenden Neuen Strategischen Konzept / NSC, das auf ihrem am 7. und 8. November 1991 in Rom abgehaltenen Gipfel beschlossen wurde. [14] Das NSC wurde mit den Veränderungen in Mittel- und Osteuropa gerechtfertigt, die zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, ethnischen Spannungen und Gebietsstreitigkeiten mit möglichen Folgen für die Sicherheit in der europäischen NATO-Zone führen könnten. Der beginnende Zerfall Jugoslawiens – an dem einige der westlichen Staaten nicht ganz unbeteiligt waren – diente als Beleg für die Stichhaltigkeit dieses Arguments; die NATO-Führung hatte bei ihrer Strategie-Änderung aber ganz sicher auch schon den Mittelmeerraum und den Mittleren Osten im Blick. Mit diesem ersten Neuen Strategischen Konzept wurde die allmähliche Transformation einer Allianz zur kollektiven Verteidigung in eine Allianz für Interventionen eingeleitet. Anfangs wurde noch auf die Bedrohung der Sicherheit hingewiesen, auf die reagiert werden müsse. Die NATO-Mitgliedsstaaten erhoben jedoch bald den Anspruch, auch außerhalb des Bereiches intervenieren zu können, den der NATO-Vertrag absteckt, um Krisen, die das Bündnisgebiet der NATO gefährden würden, im Keim ersticken zu können.

Am Vorabend des 1999 in Washington abgehaltenen Gipfels beschrieb Javier Solana, der (damalige) NATO-Generalsekretär, das Ziel des Treffens wie folgt: "Das Kosovo hat uns gelehrt, dass die Diplomatie durch militärische Gewalt unterstützt werden muss." [15] Der Grundsatzbeschluss, dass die NATO neben rein defensiven auch andere Aufgaben übernehmen müsse, war Anfang der neunziger Jahre (des 20. Jahrhunderts) gefasst worden und wurde bald danach in Bosnien erstmals umgesetzt. Die NATO-Bombenangriffe auf serbische Stellungen bei Sarajevo brachten vermutlich die kämpfenden Parteien an den Verhandlungstisch, der (sinnigerweise) in Dayton in den USA stand. Der Knackpunkt ist jedoch, dass es dafür keine rechtliche Basis gab. Im Januar 1994 hatten sich die Regierungschefs der NATO-Staaten noch darauf verständigt, den Frieden sichernde Maßnahmen und andere Operationen der NATO nur "im Auftrag des UN-Sicherheitsrates" durchzuführen. [16] Washington sah es jedoch schon länger nicht mehr als wünschenswert an, nur im Auftrag der UNO zu handeln. Bereits im Sommer 1993 legte der US-Botschafter im NATO-Hauptquartier in Brüssel den Verbündeten ein Memorandum vor, das den Titel trug: "Mit den Vereinten Nationen, wann immer möglich, aber auch ohne sie, wenn nötig". Das Dokument war einige Monate nach dem desaströsen Ausgang der US-Operation in Somalia entstanden (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Restore_Hope), der in Washington eine kritische Einstellung zu Militäreinsätzen unter der Fahne der Vereinten Nationen hervorgerufen hatte. Das vorgelegte Dokument wurde zur Grundlage für den Kosovo-Krieg: Die NATO sollte sich nicht mehr auf Militäroperationen mit UN-Mandat beschränken lassen, sondern nötigenfalls auch dazu bereit sein, ohne Erlaubnis des UN-Sicherheitsrats zu handeln. [17]

Was wurde wirklich mit der Bombardierung Belgrads im März 1999 bezweckt? Washington wollte in erster Linie zeigen, dass die NATO auch ohne Zustimmung Russlands und Chinas – die beide Veto-Recht im UN-Sicherheitsrat haben – Out-of-Area-Einsätze durchführen kann. Großbritannien schloss sich gewohnheitsmäßig der Ansicht der USA an. Ein Sprecher der britischen Regierung erklärte vor dem britischen Parlament: "... alle Operationen der NATO müssen durch das Völkerrecht gedeckt sein ..., was aber nicht bedeutet, dass der UN-Sicherheitsrat sie immer billigen muss." [18] Auf dem im April 1999 in Washington abgehaltenen Gipfel zum 50. Jahrestag der NATO-Gründung gaben die Regierungschefs der NATO-Staaten die kryptische Erklärung ab, den in der UN-Charta festgehaltenen Absichten und Grundsätzen "Respekt zollen" zu wollen; den Vorschlag Frankreichs, die "Autorität des UN-Sicherheitsrates" anzuerkennen, folgten sie nicht. Was das bedeutete, war bereits seit den neunziger Jahren (des letzten Jahrhunderts) klar. Die NATO und ihre führenden Mitgliedsstaaten wollten ohne Einverständnis des UN-Sicherheitsrates militärisch intervenieren. Nach den Einsätzen in Bosnien [1995] und im Kosovo [1999] wurde auch der Krieg gegen Afghanistan als "Verteidigung" gegen einen Angriff ausgegeben [wozu das Einverständnis des UN-Sicherheitsrates als nicht notwendig erachtet wurde]; auch bei dem Krieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak [2003] wurden die Vereinte Nationen umgangen. Auf die Invasion Afghanistans folgte der (bisher) größte Militäreinsatz der NATO.

Auf dem Weg zu einer global operierenden NATO

Die formelle Aufnahme von Operationen, die über den Artikel 5 (die gemeinsame Verteidigung des Bündnisgebietes gegen einen militärischen Angriff) hinausgehen, also die Einbeziehung so genannter "Out-of-Area-Einsätze" in den Handlungskatalog der NATO, die auf dem Washingtoner Gipfel im Jahr 1999 beschlossen wurde, war einerseits der logische nächste Schritt auf dem Weg der NATO zu einem global operierenden Militärbündnis. Andererseits sollten diese Einsätze nur "zur Wahrung des Friedens und der Stabilität im euro-atlantischen Raum" dienen. [19] Auch dieses zweite "Neue Strategische Konzept" der NATO schien sich noch auf ein begrenztes Operationsgebiet zu beziehen. Aber diese verwaschene Formulierung ließ der NATO-Führung genügend Spielraum für Interpretationen, und es gab ohnehin viele Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und den meisten ihrer europäischen Bündnispartner. In den Augen Washingtons war die NATO schon immer nur ein Instrument zur besseren Verteidigung seiner globalen strategischen Interessen gewesen. In der National Military Strategy der USA von 1997 heißt es dazu: "Weil sich die USA sogar in Friedenszeiten weltweit engagieren, sind bedeutende Teile unserer Streitkräfte bereits im Ausland stationiert oder auf Einsätze im Ausland vorbereitet, wenn unsere Interessen bedroht sind. US-Truppen sichern uns auch den Zugang zu wichtiger Infrastruktur. [20] Unsere im Ausland stationierten Truppen dienen den Streitkräften im Aufbau befindlicher Demokratien auch als Vorbild; sie tragen auf einzigartige Weise zur Stabilität, Kontinuität und Flexibilität bei, die zum Schutz unserer Interessen notwendig sind, und sie sind für eine anhaltende demokratische und wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar. Bei den US-Interessen gibt es drei Kategorien: lebenswichtig, wichtig und humanitär. Die wichtigen Interessen haben Einfluss auf unser Wohlergehen und die Qualität der Welt, in der wir leben. Um unsere Interessen zu schützen, kann auch die Anwendung militärischer Gewalt erforderlich sein." Dieses Denken ist abgeleitet aus dem Lehrbuch "The Grand Chessboard" des einflussreichen ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski. In diesem Buch wird auch das Hauptziel der USA formuliert: Die USA wollen nicht nur die einzige Weltmacht sein, sondern es auch bleiben. Bei dieser Perspektive ist Eurasien das wichtigste Schlachtfeld im Kampf um die Weltmacht. Nach Brzezinskis Definition reicht Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok; hier leben nicht nur drei Viertel der Menschheit, hier befinden sich auch drei Viertel der Energiereserven der Welt.

In den letzten Jahren hat die NATO ihre Verbindungen zu Japan und Australien an der

Süd- und Ostflanke des eurasischen Raumes ausgebaut; beide Staaten sind wichtige Partner bei der Kontrolle des Pazifiks. Auch die Zusammenarbeit mit Israel wurde enger, weil es der wichtigste westliche Verbündete im Mittleren Osten ist.

Afghanistan

Allmählich setzte eine Debatte über den Artikel 5 ein, in dem die ursprüngliche Hauptaufgabe der Militärallianz festgehalten wird: Ein bewaffneter Angriff auf ein NATO-Mitglied wird als Angriff auf alle Mitglieder verstanden, und die Verbündeten sind verpflichtet, dem angegriffenen Mitglied nötigenfalls mit bewaffneter Gewalt beizustehen. Dieses Prinzip zieht keine klare Grenze zwischen der Verteidigung des Territoriums (der NATO-Mitglieder) und militärischen Einsätzen außerhalb dieses Territoriums. Bei der Reaktion auf die Terroranschläge am 11. September 2001 wurde das deutlich. Obwohl die USA Afghanistan zuerst und außerhalb des Bündnisgebietes angegriffen haben, reagierte die NATO, indem sie der Artikel 5 sehr kreativ interpretierte. So konnten die USA und ihre Verbündeten einen Monat später einen Krieg außerhalb des Bündnisgebietes anfangen, ohne den UN-Sicherheitsrat um Erlaubnis zu bitten, weil es die UN-Charta zulässt, dass sich im Falle eines bewaffneten Angriffs auch der Angegriffene mit militärischer Gewalt verteidigen darf. Dabei spielte es auch keine Rolle, dass man die Anschläge einer Organisation [Al-Qaida] und nicht dem Taliban-Regime in Afghanistan anlastete. Da es (den USA) eigentlich nur darum ging, sich einen Zugang zu der Erdgasvorkommen Turkmenistans zu erschließen, mussten sie unbedingt Afghanistan unter ihre Kontrolle bringen. Diese Erdgasvorkommen sollen durch die TAPI-Pipeline [von Turkmenistan über Afghanistan und Pakistan nach Indien] erschlossen werden, auf die sich alle Beteiligten im April 2008 verständigten. [21] Bislang wird die Realisierung dieser TAPI-Pipeline aber durch den Krieg in Afghanistan verhindert.

Nachdem das (Taliban-)Regime vertrieben und durch eine pro-westliche-Regierung ersetzt worden war, wurde aus der "Verteidigung gegen einen Angriff" ein Besetzungskrieg, der sich in die Länge zog. Die erste echte Out-of Area-Operation weit entfernt von der euro-atlantischen Zone begann, als die NATO Ende 2003 den Befehl über die ISAF-Truppen übernahm. Das war eine klare Vorwärtsbewegung in Richtung auf eine global operierende NATO.

Das gemeinsame Operieren in Afghanistan und die dabei gemachten Erfahrungen gaben den Ausschlag für den weiteren Umbau der NATO in eine global handelnde Militärallianz; das geschah bereits bei der Vorbereitung der wichtigen NATO-Tagung in Lissabon im November 2010, auf der ein drittes NATO Security Concept / NSC vereinbart werden sollte. In einem der Vorbereitungsseminare erklärte NATO-Generalsekretär Rasmussen, es genüge nicht mehr, Soldaten, Panzer und sonstiges militärisches Gerät an den Grenzen (des NATO-Gebietes) aufzustellen. Stattdessen sollten die NATO-Mitglieder die Bedrohung lokalisieren und (vor Ort) mit der Wurzel beseitigen. [22] In einem weiteren Seminar in Warschau sagte Rasmussen, die Bedeutung der Landesverteidigung verändere sich. Er argumentierte, wer den Terrorismus besiegen wolle, müsse das in den Ursprungsländern tun, und das geschehe in Afghanistan. [23]

Die Beseitigung der Wurzeln des Übels war auch Thema einer Konferenz, die von der NATO gemeinsam mit Lloyd's of London am 1. Oktober 2009 für ein ausgewähltes Publikum aus den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft veranstaltet wurde. [24] Der Organisator Lord Levene eröffnete die Tagung wie folgt: "Unsere hoch entwickelte, industrialisierte und komplexe Welt ist einer Unzahl von gefährlichen, ja tödlichen Bedrohungen ausgesetzt." Dann zählte Rasmussen eine Reihe dieser Bedrohungen auf – den Klimawandel, den Wassermangel, die Nahrungsmittelknappheit, die Unsicherheit der Kommunikationssysteme und die Probleme bei der Energieversorgung – die alle nicht militärischer Art waren.

Die Tendenz, auch soziale und Umweltprobleme in den eigentlich rein militärischen Auftrag der NATO mit einzubeziehen, ist bezeichnend für die Globalisierung der NATO; damit mischt sich die NATO immer stärker in Handlungsfelder der UNO ein.

Nach zehn Jahren Afghanistan-Krieg behaupten Vertreter der meisten NATO-Staaten, es sei der NATO gelungen, das Land (am Hindukusch) zu stabilisieren. Sie versichern, die afghanischen Behörden seien zunehmend in der Lage, die Verantwortung für die Sicherheit ihres Landes zu übernehmen. Auch im Hinblick auf die Menschenrechte habe die NATO Erfolge zu verzeichnen. Die Realität sieht aber ganz anders aus. In einem durchgesickerten internen NATO-Dokument wird zugegeben, dass der Einfluss der Taliban in der afghanischen Bevölkerung ständig wächst, und dass die Kollaboration zwischen den Aufständischen und den afghanischen Sicherheitskräften immer enger wird. [25] Nach diesem Dokument würden die Afghanen es vorziehen, wenn sie statt von der korrupten Karzai-Clique von den Taliban regiert würden. Außerdem wird darin festgestellt, dass die Taliban immer noch von dem pakistanischen Geheimdienst [ISI] unterstützt werden.

Die seit mehr als zehn Jahren andauernde Militärintervention (der USA und der NATO) hat die Situation Afghanistans dramatisch verschlechtert: Unsicherheit und Gewalt, Armut, Hoffnungslosigkeit und Korruption haben ständig zugenommen. Auch ein unter dem Titel "Aid and Conflict in Afghanistan" (Hilfeleistungen und der Konflikt in Afghanistan) veröffentlichter Bericht der International Crisis Group bestätigt das. [26] Nach einem Jahrzehnt massiver Sicherungsbemühungen, Entwicklungs- und humanitärer Hilfe hat es die internationale Gemeinschaft nicht geschafft, aus Afghanistan einen politisch stabilen und wirtschaftlich tragfähigen Staat zu machen. Al-Qaida agiert jetzt international und ist nicht mehr an ein Land (Afghanistan) gebunden. Als die US-Invasion stattfand, waren ihre wichtigsten Führer bereits geflohen. Inzwischen haben sie Zellen in zahlreichen anderen Ländern gebildet. (Eine ganz andere Einschätzung der Al-Qaida ist nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP09612_110512.pdf .) Die Taliban konnten anfangs zwar schnell entmachteter werden, haben aber sofort mit der Organisation des Widerstandes begonnen. Besonders seit 2005 ist der Einfluss der Taliban wieder beträchtlich gewachsen, und wegen der dauerhaften Anwesenheit ausländischer Truppen konnten sie sich sogar das Image einer Organisation des nationalen Widerstandes zulegen. Schon damals war ein spanischer General der Meinung, die ausländischen Truppen sollten möglichst schnell abziehen und versuchen, ihren Abzug nicht als Niederlage erscheinen zu lassen, weil dieses Eingeständnis sehr schädlich für die Zukunft der NATO wäre.

Jetzt stehen de facto wieder viele Gebiete Afghanistans unter der Kontrolle der Taliban oder einzelner Warlords, die das Regime (in Kabul) nicht anerkennen. Die Zentralregierung mit dem Präsidenten Karzai an der Spitze ist auch bei der Bevölkerung äußerst unbeliebt. Sie wird als Marionettenregierung der Vereinigten Staaten angesehen und ist wegen ihrer grenzenlosen Bestechlichkeit in Verruf geraten. Die Ausbildung einer nationalen Armee scheint nicht voranzukommen, ist aber trotzdem der Strohalm, nach dem die Regierenden (der Interventionsmächte) greifen. Frankreich, die USA und auch die NATO insgesamt wollen die Kampfhandlungen jetzt schon 2013 einstellen – also ein Jahr früher als ursprünglich beabsichtigt. Die USA suchen nach einem Weg, um ihre Militärpräsenz auch nach dem offiziellen Rückzug sicherzustellen. Afghanistan ist geostrategisch tatsächlich von großer Wichtigkeit für sie.

Militärinterventionen in anderen Ländern werden als Verteidigung ausgegeben

In Lissabon wurde der Grundsatz akzeptiert, dass die NATO künftig nicht mehr zwischen Verteidigungsmaßnahmen und Interventionshandlungen weit außerhalb ihres Bündnisgebietes zu unterscheiden braucht. In ihrem (erneut veränderten) NATO Security Concept / NSC heißt es jetzt dazu: "Die Allianz kann auch durch politische und ihre Sicherheit betref-

fende Entwicklungen außerhalb der Grenzen (ihres Bündnisgebietes) bedroht sein und Einfluss darauf nehmen. Die Allianz wird sich aktiv für die Verstärkung der internationaler Sicherheit einsetzen – durch Partnerschaften mit den jeweils relevanten Staaten und anderen internationalen Organisationen." Die NATO müsse deshalb über "robuste, bewegliche und überall einsetzbare Truppen verfügen, um sowohl ihren Verteidigungsauftrag nach Artikel 5 als auch Auslandseinsätze unter Verwendung der NATO Response Force durchführen zu können". Mit anderen Worten, in dieser neuen Strategie wird jede militärische Handlung im NATO-Bündnisgebiet selbst oder außerhalb dieses Bereichs als Aktion definiert, die der Sicherheit ihrer Mitglieder diene. Ganz offen wird in dem NSC festgestellt, dass es auch notwendig werden könnte, (militärisch) einzugreifen, wenn die Energieversorgung bedroht sei. Die NATO müsse ihre Fähigkeiten so ausbauen, dass sie sowohl die Energieversorgung als auch die dazu notwendige Infrastruktur, die Regionen, aus denen die Energie kommt, und die Transitwege sichern könne.

Stärkere Militarisierung

Diese grundsätzliche Änderung hat zur Folge, dass die NATO künftig sehr bewegliche, gut ausgestattete Truppen braucht, die viel Geld kosten. Das ist der Grund, warum der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert Gates die Weigerung der europäischen Verbündeten kritisierte, dem Beispiel der USA zu folgen und mehr in ihre militärische Ausrüstung zu investieren. Im Jahr 2011 brachten die USA die Rekordsumme von 708 Milliarden Dollar für Militärausgaben auf. Robert Gates meinte dazu: "Die Entmilitarisierung Europas ist von einem Segen im 20. Jahrhundert zum Hindernis im 21. Jahrhundert geworden, das wirkliche Sicherheit und anhaltenden Frieden nicht mehr zulässt." [27] Im neuen NSC verpflichten sich die Mitgliedsstaaten der NATO, "das notwendige Niveau der Verteidigungsausgaben aufrechtzuerhalten ...". Es legt auch fest, dass die Mitgliedsstaaten keine eigenmächtigen Entscheidungen über Rüstungs- oder Abrüstungsmaßnahmen treffen dürfen, ohne vorher intensiv mit der NATO darüber beraten zu haben.

Außerdem haben sich die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, genügend gut ausgerüstet Truppen für (Auslands-)Einsätze zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet eine De-facto-Aushöhlung der Entscheidungsfreiheit der nationalen Parlamente in Fragen des Haushalts und der Außenpolitik.

Atommacht NATO

Die Ausstattung der NATO mit Atomwaffen begann bereits in den 1950er Jahren. Unter dem US-Präsidenten Eisenhower [1953-1961] entwickelten sich die USA zu einer globalen Atommacht und bekannten sich offen zum Ausbau ihrer atomar bewaffneten Streitkräfte. Das Setzen auf Atomwaffen schien (zunächst) preiswerter und effektiver als die Beibehaltung starker, konventioneller Streitkräfte zu sein. Aus technologischen Fortschritten erwachsen immer neue Atomwaffen-Doktrinen. Während der 1970er und der 1980er Jahre erreichte die Anzahl der in den USA, bei ihren europäischen Verbündeten und in der Sowjetunion, dem Feind im Kalten Krieg, gelagerten Atomwaffen einen absoluten Höchststand.

Die offizielle Atomstrategie blieb (auch nach Lissabon) fast unverändert, ungeachtet der Tatsache, dass während des Vorbereitungsprozesses für das NATO-Gipfeltreffen in Lissabon im November 2010 mehrere Mitgliedsstaaten Bedenken gegen die US-Atomwaffen in Europa geäußert hatten, weil sie keinen strategischen Nutzen mehr hätten und ihre Reichweite auf den ehemaligen Ostblock beschränkt sei. Außerdem hatte Obama am 5. April 2009 in Prag eine aufsehenerregende Rede gehalten, in der er eine atomwaffenfreie Welt forderte. Im endgültigen Text des dritten Strategischen Konzeptes der NATO / NSC, der in

Lissabon verabschiedet wurde, sind davon nur unverbindliche Absichtserklärungen übrig geblieben, in denen weitere Abrüstungsbemühungen versprochen werden.

Das NSC legt fest, dass die Abschreckung durch einen angemessenen Mix aus konventionellen und atomaren Waffen ein Hauptelement der NATO-Strategie bleibt. In Artikel 17 wird formell festgehalten, dass die NATO – so lange Atomwaffen existieren – ein atomar bewaffnetes Bündnis bleibt. Zu den taktischen US-Atomwaffen in einigen europäischen NATO-Staaten wird nur gesagt, dass "die Sicherheit der Verbündeten hauptsächlich durch die strategischen Atomwaffen der USA garantiert wird; die strategischen Atomwaffen Großbritanniens und Frankreichs tragen zur allgemeinen Abschreckung und zur Sicherheit der Verbündeten bei".

Politische Kreise sind sich einig darüber, dass die taktischen Atomwaffen militärisch nicht mehr viel nützen, aber vor allem für die verbündeten Staaten in Osteuropa noch von politischer Bedeutung sind. Das NATO-Raketenabwehrsystem ist für diese NATO-Mitglieder ein weiterer Beweis dafür, dass es die USA mit der Verteidigung Europas ernst meinen; es reicht aber offensichtlich nicht aus, um die baltischen Staaten, Polen und Tschechien zu beruhigen. Mit anderen Worten, die Atomwaffen und der Raketenabwehrschirm sind der politische Zement, der die NATO zusammenhält.

Die Raketenabwehr wird zur NATO-Aufgabe

Der Lissaboner Gipfel im Jahr 2010 hat tatsächlich beschlossen, die Raketenabwehr zu einer Aufgabe der NATO zu machen. Die USA hatten heftig dafür geworben. In der International Herald Tribune vom 15. November hat Ivo Daalder, der Botschafter der USA bei der NATO, die Bedeutung der Übernahme der Raketenabwehr durch die NATO betont. Nach Daalder sollen dadurch in den kommenden zehn Jahren nur Mehrkosten in Höhe von 200 Millionen Dollar entstehen. Europa ist über Investitionen in dieses nutzlose Projekt zwar nicht begeistert, und die Mehrheit der europäischen Bevölkerung will es absolut nicht haben; die Tschechen haben das sogar bewiesen, als sie die geplante Installation einer Radarstation für das Abwehrsystem in ihrem Land abgelehnt haben. Trotzdem haben sich alle Regierungen, einschließlich der belgischen, auf dem Lissaboner Gipfel dem Wunsch Washingtons gebeugt. Die NATO wird jetzt "die Fähigkeit entwickeln, unsere Bevölkerung und unsere Territorien gegen ballistische Raketen zu verteidigen; das wird ein Hauptelement unserer gemeinsamen Verteidigungsstrategie werden und unauffällig zur Sicherheit der Allianz beitragen".

Präsident Obama hat im September 2009 den ursprünglichen Plan seines Vorgängers George W. Bush für ein Raketenabwehrsystem in Europa übernommen, aber stark verändert. In dem Plan George W. Bushs war die Raketenabwehr in Europa Bestandteil der Verteidigung der USA und Nordamerikas; Obama erklärte stattdessen die Verteidigung Europas und des Nahen Ostens zum eigentlichen Ziel, das man sofort angehen müsse. Deshalb musste er nicht nur Russland, sondern auch einige europäische Verbündete besänftigen, die neue Spannungen mit Moskau unbedingt vermeiden wollen. Außerdem musste Obama immer wieder betonen, die Technologie funktioniere, um die Kritik an der Funktionsfähigkeit dieses großangelegten Abwehrsystems zu entkräften.

Zur Umsetzung der Neuorientierung entwickelte das Pentagon einen Plan zur phasenweisen aufeinander abgestimmten Realisierung des Raketenabwehrsystems für Europa (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP03512_040212.pdf). Von 2011 an haben die USA mit dem Aufbau der Raketenabwehr in Europa begonnen: Sie stationierten Zerstörer mit dem seegestützten Abwehrsystem Aegis auf der Navy-Basis Rota in Spanien, Patriot-Luftabwehrraketen in Polen und wollen SM-3-Abfangraketen in Rumä-

nien und Bulgarien und das transportable Radar-System AN/TPY-2 in der Türkei stationieren. In den nächsten Phasen sollen weiter entwickelte Abfangraketen, Sensoren und Radarsysteme die jetzt verwendeten ersetzen. (Die Kommandozentrale für den Raketenabwehrschirm der USA und der NATO wurde auf der US-Air Base Ramstein eingerichtet.)

Europa

Die bisher geführte Debatte, ob unsere Streitkräfte europäisch oder transatlantisch ausgerichtet sein sollen, scheint endgültig in den Hintergrund zu treten. In den letzten Jahren hat die Annahme, dass auch die NATO von einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik profitieren kann, ständig an Zustimmung gewonnen. NATO-Generalsekretär Rasmussen stellte im November 2009 fest, dass er die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht als Konkurrenz zur NATO, sondern als Ergänzung der NATO sieht. Der Vertrag von Lissabon (Infos dazu unter http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Lissabon und <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:0013:0046:DE:PDF>) legitimiert in Artikel 42 Absatz 2 die NATO als wichtiges Bündnis zur Verteidigung Europas. In einem dem Vertrag beigefügten Protokoll wird gesagt, ein stärkeres Engagement der Europäischen Union auf dem Feld der Sicherheit und Verteidigung werde auch die Lebenskraft eines erneuerten Atlantischen Bündnisses erhöhen. EU-Staaten, die traditionell eine neutrale Haltung einnehmen und nicht Mitglieder der NATO sind, werden durch diesen Vertrag trotzdem an die NATO und damit auch an die Politik der USA gefesselt.

Außerdem wird im dritten Strategischen Konzept der NATO / NSC die enge Beziehung zwischen der EU und der NATO hervorgehoben und die Partnerschaft zwischen beiden sogar noch verstärkt – durch eine Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit in Krisen, durch die Erweiterung der gegenseitigen Konsultationen und eine stärkere Beteiligung beim Entwickeln militärischer Fähigkeiten. "Die EU ist ein einzigartiger und wesentlicher Partner der NATO", wird im NSC betont. "Die NATO erkennt die Bedeutung einer stärkeren und kompetenteren europäischen Verteidigung an."

Kürzlich ist im Pentagon die Nervosität wegen der in Europa zu verzeichnenden geringen Begeisterung für eine Erhöhung der Militärausgaben wieder gewachsen. Der scheidende US-Verteidigungsminister Robert Gates hatte Mitte 2011 die europäischen NATO-Mitglieder aufgefordert, mehr für ihre Streitkräfte auszugeben, sonst wachse die Gefahr, dass die USA nicht mehr bereit seien, so viel Geld für die Verteidigung anderer Länder auszugeben. Robert Gates wiederholte auch seine Besorgnis über die unterschiedlichen Beiträge zu der Allianz: "In der Vergangenheit habe ich mich oft über die Zweiteilung der NATO beklagt. Die einen haben sich auf 'weiche' Maßnahmen wie humanitäre und Entwicklungshilfe, Friedenssicherung und Verhandlungen spezialisiert, während die anderen sich an 'harten' Kampfeinsätzen beteiligen. Die einen sind bereit, den Preis zu bezahlen und die Lasten der Allianz mitzutragen, die anderen genießen nur die Vorteile der NATO-Mitgliedschaft, wollen aber die Risiken und Kosten nicht auf sich nehmen. Meine Befürchtungen sind nicht mehr hypothetisch, sie sind eingetreten. Und das ist inakzeptabel." [28]

Sein zweiter Kritikpunkt betraf die NATO-Operationen in Libyen im Jahr 2011. Wegen des Mangels an Bereitschaft und Ressourcen könne sich NATO eine integrierte, effektive und länger andauernde Militäraktion in der Luft und auf See künftig nicht mehr leisten. Er erinnerte auch daran, dass die Operation gegen Libyen zwar von der NATO beschlossen, aber von weniger als der Hälfte der Mitglieder unterstützt worden sei, und dass sich weniger als ein Drittel der Verbündeten effektiv an den Luftangriffen beteiligt habe. "Viele nahmen nicht deshalb nicht teil, weil sie nicht wollten, sondern weil sie nicht konnten. Sie verfügten einfach nicht über die erforderlichen militärischen Mittel." Er betonte, dass bestimm-

te Aufgaben nur auf Grund zusätzlicher Bemühungen der USA realisiert werden konnten. "Die mächtigste Militärallianz der Geschichte hat sich vor elf Wochen mit einem Gegner angelegt, der nicht über schwere Waffen verfügt und dessen Land nur sehr dünn besiedelt ist; und weil ihr jetzt schon die Munition ausgeht, müssen wieder die USA einspringen."

Bei der Militärintervention gegen Libyen wurde klar, dass sich die NATO auf ölreiche Staaten konzentriert, an denen Europa und die USA ein gemeinsames Interesse haben. Angeblich zum Schutz der Zivilbevölkerung bombardierte die NATO 2011 monatelang libyische Städte und Dörfer, die von Gaddafi-Anhängern gehalten wurden.

Bei der Operation gegen Libyen wurden mehrere Absichten deutlich. Europäische und US-amerikanische Unternehmen wollen von der Plünderung afrikanischer Rohstoffe profitieren. Aus westlicher Sicht ist jetzt aber mit China ein neuer Konkurrent aufgetaucht, der seine Präsenz in Afrika ebenfalls verstärken will. Deshalb sahen sich die alten europäischen Kolonialmächte gezwungen, ihrer Partnerschaft mit Washington eine neue Richtung zu geben, um durch Zusammenarbeit die gemeinsamen Interessen auf dem afrikanischen Kontinent zu sichern. China und andere Rivalen sollten eine deutliche Warnung erhalten, damit sie aufhören, in fremden Jagdrevieren zu wildern. Das ist der eigentliche Grund für das vom Pentagon gegründete (in Stuttgart angesiedelte) AFRICOM und die strukturelle Verbindung zwischen dem (ebenfalls in Stuttgart residierenden) EUCOM und der NATO. (Weitere Infos zu den beiden US-Regionalkommandos sind nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27209_071209.pdf .)

Die politische und moralische Rechtfertigung für das Eingreifen in Libyen – Gaddafi lasse Luftangriffe auf die eigene Bevölkerung fliegen – wurde ursprünglich von Paris und London vorgebracht. (Nach den USA) übernahm die NATO die Koordination der Angriffe und den Befehl über die Militäraktion. Unter dem Vorwand, Zivilisten schützen zu wollen, und gestützt auf eine UN-Resolution, die auf dem Prinzip "Verantwortung zum Schutz" beruhte, wurde ein Regimewechsel durchgesetzt. Heute fragt niemand mehr, ob Libyen jetzt sicherer und stabiler ist. (Das ist es natürlich nicht), unter anderem auch deshalb, weil die von der NATO bewaffneten Milizen sich weigern, ihre Waffen wieder abzugeben. Während des Libyen-Krieges starben 30.000 bis 50.000 Menschen; es kam zu organisierter rassistischer Gewalt gegen schwarze Libyer und afrikanische Einwanderer, und die Aufständischen haben in Sirte eine große Anzahl ihrer Gegner exekutiert. Die "Verantwortung zum Schutz" der libyschen Bevölkerung auch nach Gaddafis Tod scheint sich in den Hauptstädten der USA, Kanadas und Europas verflüchtigt zu haben. Die volle Aufmerksamkeit hat sich jetzt Syrien und dem Iran zugewandt.

Schlussfolgerungen

Im Lauf ihrer Geschichte hat die NATO immer wieder versucht, ihre Existenz mit allen möglichen Argumenten zu rechtfertigen. Während des Kalten Krieges lag die Betonung auf der militärischen Bedrohung durch den Kommunismus in Mittel- und Osteuropa. Als sich der Warschauer Pakt aufgelöst hatte, mussten neue Argumente vorgebracht werden. Zuerst waren es mögliche Sicherheitsrisiken, die von instabilen, ehemals kommunistischen Staaten ausgehen könnten. Als sich diese Staaten der NATO oder der Europäischen Union anschließen wollten, reklamierte die NATO den Auftrag zu "humanitären Interventionen" für sich. Nach dem 11.09.2001 waren der Krieg gegen den Terror, die Bedrohung durch Schurkenstaaten und mögliche Angriffe auf die Kommunikationsnetze die Themen aller Reden und Analysen in den politischen und strategischen Zirkeln des Westens.

Die NATO hat wenig mit der "Verteidigung von Werten, mit der Verbreitung der Demokratie, mit den Menschenrechten, mit der Freiheit und mit dem Rechtsstaat" zu tun, obwohl

das der damalige NATO-Generalsekretär Javier Solana anlässlich des 50. Jahrestages der NATO-Gründung behauptet hat. Ihre Geschichte beweist, dass es der NATO immer nur um die Durchsetzung wirtschaftlicher und geostrategischer Interessen geht. Zahlreiche Mitgliedsstaaten sind alles andere als Musterdemokratien. Erinnerung sei nur an Portugal unter Salazar, an das Obristenregime in Griechenland, an die vielen Militärputsche in der Türkei und an die kolonialen Gräueltaten mancher NATO-Mitglieder. Nach dem Kalten Krieg entpuppte sich die NATO als militärisches Werkzeug zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitgliedsstaaten. Manchmal geben NATO-Repräsentanten das sogar selbst zu, wie ihr ehemaliger Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer in seiner Brüsseler Neujahrsrede am 8. Januar 2008: "In diesem Jahrhundert wird es vor allem um Energie gehen. Die Sicherung der Energieversorgung ist ein Thema, mit dem sich die NATO neu definieren kann. Dass es vor allem um den Schutz der Energie-Infrastruktur geht, haben sie schon früher von mir gehört. Darüber wird schon lange diskutiert. Die NATO trägt sicher nicht die Hauptverantwortung im Netzwerk der Energiesicherheit. Sie ist ja keine Wirtschaftsorganisation. Sie wird sich aber darum kümmern müssen, und Sie können sicher sein, dass Energiesicherheit auch auf der Tagesordnung des Bukarester NATO-Gipfels stehen wird."

Der Angriff auf Libyen scheint den Beginn einer neuen Strategie zu markieren. Am 5. Januar 2012 hat Präsident Barack Obama in seiner Rede zu Verteidigungsfragen dazu Folgendes gesagt: "Als globale Streitmacht wird sich unser Militär niemals nur einer Sache widmen. Es wird verantwortlich für eine Reihe von Aufgaben und Aktivitäten auf dem ganzen Globus sein, die sich in Bezug auf das Ausmaß, die benötigte Zeit und ihre strategische Priorität unterscheiden. Deshalb brauchen wir vor allem flexible und anpassungsfähige Streitkräfte, die schnell und effektiv auf eine Vielzahl von Eventualitäten und potenziellen Gegnern reagieren können."

Dazu zwingt uns der Zustand der Welt, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Zusätzlich zur Schaffung solcher Streitkräfte werden sich die USA verstärkt um die Ausweitung der Fähigkeiten unserer Partner und Verbündeten kümmern, damit diese ihre eigenen Territorien besser verteidigen und ihre eigenen Interessen besser durchsetzen können; das wollen wir durch bessere Diplomatie, mehr Entwicklungshilfe und Unterstützung beim Aufbau eigener Sicherheitskräfte erreichen." Obwohl die US-Konservativen auf Obamas Rede reagierten, als habe er das Ende der Weltmacht USA verkündet, lässt sie seinen Willen erkennen, sowohl die Vorherrschaft der USA als auch ihre Fähigkeit zur Kriegsführung aufrechtzuerhalten. "Obwohl wir die Stärke und Zusammensetzung unseres Heeres und unserer Luft- und Seestreitkräfte anpassen müssen, werden wir zu erfolgreichen Konfrontationen und zum Besiegen jedes Angreifers fähig bleiben und uns ständig auf Veränderungen in der Kriegsführung einstellen können. Auch nach der Überprüfung unserer Strategie müssen die USA die Fähigkeit behalten, in mehreren Konflikten gleichzeitig zu kämpfen." [28]

Verteidigungsminister Leon Panetta will mit seiner neuen Strategie verstärkt auf die US-Air Force und auf die indirekte Unterstützung von Operationen geeigneter Partner setzen, bei möglichst geringer Beteiligung eigener Kräfte.

Die NATO soll also zum Vollstrecker der US-Strategie werden; die Geschichte wiederholt sich.

(Wir haben die fundierte NATO-Einschätzung der beiden belgischen Friedensaktivisten Ludo De Brabander und Georges Spriet, die für die Website <http://www.vrede.be/> schreiben, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Ergänzungen und die auf Anmerkungen hinweisenden Ziffern in eckigen Klammern

haben die Autoren selbst eingefügt. Nach den Anmerkungen drucken wir den Originaltext ab.)

Anmerkungen / Notes

- (1) Coolsaet, R., België en zijn buitenlandse politiek 1830 – 2000. Uitgeverij van Halewijck, Leuven, 2001
- (2) Zinn, H., Geschiedenis van het Amerikaanse volk. EPO, Berchem, 2007, p. 504
- (3) Julien, C., L'empire Américain. Editions Bernard Grasset, Paris, 1968, p. 218
<http://www.americanrhetoric.com/speeches/dwightehowardfirstinaugural.htm>
- (4) Zinn, H., Geschiedenis van het Amerikaanse volk. EPO, Berchem, 2007, p.519 - 520
- (5) Sloan S., NATO, the EU and the Atlantic Community, Rowan & Littlefield Publishers, Lanham, 2003, p. 29 - 35
- (6) NATO, Report of the Committee of Three on Non-Military Cooperation in NATO approved by the North Atlantic Council, 13 december 1956
- (7) Alexander, M., De rol van de NAVO in een veranderde wereld. In: NAVO Kroniek, nr. 2, april 1990
- (8) Department of Defence. Office of International Security Affairs, United States Security Strategy for Europe and Nato, Washington DC, 1995, p. 3
- (9) Department of Defence. Office of International Security Affairs, United States Security Strategy for Europe and Nato, Washington DC, 1995, p. 4
- (10) NATO, Partnership with the Countries of Central and Eastern Europe, Statement issued by the North Atlantic Council Meeting in Ministerial Session in Copenhagen, 6-7 of June 1991, punt 6
- (11) NATO, Developments in the Soviet Union. Statement issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council, Rome 8 November 1991, punt 4
- (12) Quoted in Yost David S. NATO transformed. The Alliance's New Roles in International Security, United States Institute of Peace, Washington DC, 1998, p. 189
- (13) Achcar, G., La nouvelle guerre froide. Le monde après le Kosovo, Presses Universitaires de France, Paris, 1999, p. 67
- (14) NATO, The Alliance's New Strategic Concept, Rome, 7-8 of November 1991
- (15) The Guardian, 22 of April 1999
- (16) NATO, Declaration of the Heads of State and Government, Brussels, January 11 1994, punt 7
- (17) Portela, C., Humanitarian Intervention, NATO and the International Law. Can the institution of Humanitarian Intervention Justify unauthorised Action?, Berlin Information Center for Transatlantic Security, Berlin, 2000, p. ii
- (18) Geciteerd in Butler, Nicola, „NATO in 1999: A Concept in Search of a Strategy”. in Disarmament Diplomacy, nr 35, maart 1999
- (19) NATO, The Alliance's Strategic Concept, NAC-S(99)65. Washington DC, 23 – 24 april 1999, punt 29, 31, 41, 43, 47, 49, 53, 54 en 61
- (20) Shalikhvili, John M., Shape, Respond, Prepare Now. A Military Strategy for a New Era. National Military Strategy, 1997
- (21) Foster, J., Afghanistan, The TAPI Pipeline, and Energy Politics. In: Journal of Energy Security, 23 maart 2010 (zie: <http://www.ensec.org>)
- (22) Persbericht AFP, 4 maart 2010
- (23) Speech by NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen at NATO's New Strategic Concept - Global, Transatlantic and Regional Challenges and Tasks Ahead – Warsaw, Polen, 12 maart 2010 (http://www.nato.int/cps/en/natolive/opinions_62143.htm)
- (24) Rozoff, R., Thousand Deadly Threats: Third Millennium NATO, Western Businesses Collude On New Global Doctrine, 2 oktober 2009,
(<http://rickrozoff.wordpress.com/2009/10/02/thousand-deadly-threats-third-millennium-nato-western-businesses-collude-on-new-global-doctrine/>)

(25) Pakistan helping Afghan Taliban – Nato, BBC, 1 februari 2012,
(<http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-16821218>)

(26) International Crisis Group. Aid and Conflict in Afghanistan, 4 augustus 2011
<http://www.crisisgroup.org/~media/Files/asia/south-asia/afghanistan/210-%20Aid%20and%20Conflict%20in%20Afghanistan.pdf>

(27) Gates Robert M., NATO Strategic Concept Seminar. Remarks as Delivered by Secretary of Defense Robert M. Gates, National Defense University, Washington, D.C., 23 februari 2010 (<http://www.defense.gov/speeches/speech.aspx?speechid=1423>)

(28) Gates Robert M., The Security and Defense Agenda (Future of NATO), 10 juni 2011
<http://www.defense.gov/speeches/speech.aspx?speechid=1581>



GLOBAL NATO: A Geostrategic Instrument of Worldwide Military Conquest A Historical Review and Analysis (1949-2012)

By Ludo De Brabander and Georges Spriet, vrede.be - 2012-05-17

Global Research, May 18, 2012

The North Atlantic Treaty Organisation was founded in 1949. Its supporters claim that this military alliance succeeded in building a dam against the aggressive expansionist communist system that threatened to wage war over Europe. This discourse of a threatening war was highly polarised by the media. They were keen on pointing at the Berlin blockade, the Korean war, the repression of the Hungarian uprising, the Prague spring, etc. Historical phrases such as the famous “Nous avons peur” in Paul-Henri Spaak’s speech – the then Belgian minister of foreign affairs - before the UN general assembly of September 1948 were to highlight the perception of a real threat. This context urged the West to arm itself and create NATO to deter the enemy and to respond militarily if necessary.

A more thorough reading and analysis of the facts, however, give a strongly nuanced and even different story. NATO's founding had less to do with the external military threat of the Soviet Union than with ideological, economical and geopolitical interests. Even hardliner John Foster Dulles, US Secretary of State (1953-1959) said back in 1949 that “I do not know of any responsible high official, military or civilian in this government or any other government, who believes that the Soviet now plans conquest by open military aggression.”

Moreover, Paul-Henri Spaak was guided by political opportunism when he pronounced his famous speech. It has become clear in the meantime that neither he, nor any of his colleagues, really believed that the Soviet Union represented a concrete military threat. Originally Spaak was opposed to the establishment of an Atlantic Pact because this would confirm the European division. He essentially thought that Belgian interest lay in a rapid German recovery and therefore American assistance was crucial.(1)

The Marshall plan

This assistance came with the Marshall plan, which wasn't built on American altruism but was to serve American economical and political purposes. A first reason is to be found in

the then worrisome situation of the American economy. After World War II the US risked an economic crisis due to the lack of European purchasing power. William Clayton, under-secretary of state for economic affairs in 1947, wrote the following to his chief George Marshall. "Let us admit right off," he said in defence of the idea of foreign aid, "We need markets--big markets--in which to buy and sell." (2) The intent was not to help foreign countries; it was to reward US-based multinationals who actually got the cash as the government purchased political influence abroad. The Marshall plan was also to the benefit of the US companies in Germany which had continued to produce during the years of war, and were now in need of markets. A huge West European recovery plan was to repair the production and consumption capacity. Another reason was the fear that European economic problems would increase the influence of the communist parties and thus of the Soviet Union in various countries which in turn would form an obstacle for American capitalist ambitions.

Germany played a crucial role. Washington was persuaded that a European recovery was only possible if the German economic recovery was part of the plan. In other European capitals the fear was still omnipresent that an economically strong Germany would entail a militarily strong Germany. At the Yalta conference the allied leaders – Roosevelt, Churchill, Stalin – had agreed that the big German industrial companies of the Nazis, mainly in the Ruhr, had to be dismantled. This however would have been a tremendous setback for US capital and its German investments. President Truman – who succeeded the deceased Roosevelt – did all he could to gain the control over the Ruhr region which belonged to the British occupation zone. January 1, 1947, the American and British occupation zones were unified. In fact this was a first step for the split up of post war Germany. At the same time the Soviet Union was given a serious blow because Moscow had real interest in a unified, neutral and demilitarised Germany that should be capable of paying the war reparations to Moscow. The Ruhr was thus essential for Moscow. The one-sided separation of West-Germany, joined later on by the French zone, was accompanied by the installation of a German government and the introduction of a new currency in these zones. This caused a furious Soviet reaction with the Berlin blockade. The cold war turned into a very concrete reality in Europe.

Washington succeeded in taking away the distrust of the European nations in a new strong Germany by a double policy. Firstly, the mutual European cooperation was stimulated and the Marshall plan executed by a newly founded multilateral organisation of 16 countries, the Organisation for European Economic Cooperation (OEEC). Secondly, a military alliance between Europe and the US was initiated which in the eyes of the European countries was to guarantee the impossibility of a German military rebirth.

NATO and the military build up also served economical and geopolitical purposes as president Eisenhower explained: "We know that we are linked to all free peoples not merely by a noble idea but by a simple need. No free people can for long cling to any privilege or enjoy any safety in economic solitude. For all our own material might, even we need markets in the world for the surpluses of our farms and our factories. Equally, we need for these same farms and factories vital materials and products of distant lands. This basic law of interdependence, so manifest in the commerce of peace, applies with thousand-fold intensity in the event of war."(3) Behind the NATO shield Western European countries could thus with the help of the Marshall plan rebuild and modernise their economies. In this way US capitalism could further develop as it gained access and control over Western Europe.

Economic interests and armament

US business was well aware of the advantages of overestimating the threat of the Soviet

Union. The president of General Electric was really happy about the economic results a war could offer and made the proposal of a “permanent war economy” via a lasting alliance between business and army.(4) President Truman and his administration did their utmost to create a cold war atmosphere. The propaganda in the first post war years and during the Korean war (1950-1953) pushed towards a climate of fear and even hysteria about communism, and resulted in giant military orders giving the US economy a terrible boost. The US government did not have to face much of a resistance against its policy of rearmament. The high military expenditures lead to big military orders for the arms industry. In the year 1955 US military budget reached 40 billion dollar on a total budget of 62 billion.

The companies working for defence gained fortunes. Two thirds of all military orders were placed with only twelve giant corporations which exclusively produced for the government's military needs. The situation grew to the kind that forced president Eisenhower to warn the nation in his farewell address, January 1961, of what he called the military industrial complex. Although he thought the US was to develop a permanent war industry he stated that we should be vigilant for unwarranted influence, whether sought or unsought, by the military-industrial complex.(5) When Germany became a member of NATO in 1955 the Cold War got really institutionalised. Nine days later the Soviet Union reacted with the establishment of the Warsaw Pact together with the Eastern European communist states.

A year later the North Atlantic Council, NATO's highest decision-making body, would adopt a resolution to approve a report of experts with recommendations for political, economical and cultural cooperation. In a clear reference to the communist economies the report states that a policy under the condition of competitive co-existence will show the superiority of free institutions in promoting human prosperity and economic progress.(6) The resolution suggested softly to expand the Treaty's application zone to the whole world, because influence and interests of its members could be jeopardised outside the NATO area. NATO was thus formally given an economic task, i.e. to support free market.

In 1973, at the initiative of David Rockefeller, the Trilateral Commission was established which would give anti-sovietism a push and was to lead to a closer cooperation between the United States, Europe and Japan. The Commission wanted to stop the ideological, political and economical threat of communism and the revolutionary movements in the third world through a tricontinental capitalism, internationalisation and expansion of the system. The members of this elite group were situated in the up high political and economical circles of the three continents. It reached a plain sailing level when one of the founders, Zbigniew Brzezinski, was appointed security advisor by president Jimmy Carter (1977-1981). He had been chosen by Rockefeller to help establish the Commission. Brzezinski focused particularly on the normalisation of relations with the Popular Republic of China. At the same time he challenged the Soviet Union by arming the mujahedin in Afghanistan in their fight against a Moscow leaning government that had asked for the military assistance of the Soviet Union.

US policy inside and outside NATO would generally take form via the policy lines as Brzezinski had drawn them. He would develop his strategy later in more detail in his book *The Grand Chessboard* (see further). In Europe the US presence was to be consolidated as bridgehead for American geo-strategic and economical interests. The Soviet Union was to be isolated and pushed back, which seemed to be plausible through the support of the Afghan resistance which caused the Red Army a lot of problems. The breaking up of the Soviet Union at the beginning of the nineties would liberate the way for the Great Game over the oil and gas rich Central Asian region. Afghanistan was to play a key role for the opening up of that region.

End of the cold war

At a historic summit between US president George Bush and Soviet leader Michail Gorbachev in Malta on December 3 1989, both world leaders made cold war era history. In media and political circles the idea emerged that the end of the cold war would also mean the end of the military pacts. With the breaking up of the Warsaw Pact (mid 1991), the Soviet Union (end 1991) and also the German unification (October 1990) the official reasons of existence for NATO had disappeared. Before being dissolved the Warsaw Pact launched the proposal of a 'new European security system' including both the former rival alliances.

Others dreamed of a prominent place for the Organisation of Security and Cooperation in Europe (OSCE) of which all countries concerned were member. It has the advantage of a political forum instead of a military organisation and moreover OSCE has regional security organisation status as described in the United Nations' Charter. The US, however, were very concerned that with the end of NATO they would lose the politico-military and consequently economic control over Europe. So they opted to reform NATO through the establishment of cooperation structures (partnership for peace) with the former East-block countries or simply through admitting former Warsaw pact countries as new NATO members.

Although the heads of state confirmed the end of the cold war during the London NATO summit July 1991 there was no question of dissolving NATO, rather to reform it. They put it quite clear that the danger that could come from the Soviet Union was not completely over yet. It didn't sound very convincing. In Atlantic circles the argument was therefore used that new threats forced NATO to get prepared: 'When oppressing regimes disappear, the possibility emerges that long pent up political, economical and ethnical grievances could burst out' according to the then British permanent representative to NATO, sir Michael Alexander.(7) He pleaded for a new out-of-area strategy to deal with NATO's southern flank, North Africa and the Middle East, which was believed to provide the main sources of threat for the European security.

It was presumably not a fantasy that new threats could emerge from the breaking up of the political system in Eastern Europe, but quite other reasons did also push to maintain NATO. Some years after the fall of the Berlin wall a Pentagon security strategy paper for Europe and NATO (June 1995) mentioned political, economical and cultural arguments why Europe continues to be of great importance to the US. 'It is in the interest of the US to have a democratic, undivided, stable and prosperous Europe, which is open to trade and investment opportunities and gives support to political, economical and military cooperation with the USA, in Europe and in other important parts of the world"(8). In this security strategy the Pentagon emphasised the many economical advantages for the US, thanks to cooperation with Europe. 'These ties generate jobs for American workers, quality goods for American consumers, and benefits for American entrepreneurs.'(9) This document also explains why the US can accept an own European security policy: it not only reduces the American defence costs, but increases the security of the vital economic interests.

The fall of the Berlin wall in 1989 gave an additional dimension to the old geostrategic incentives. An important part of Central and Eastern Europe was soaked off from the Soviet-Russian zone of influence. The Soviet Union ceased to exist on December 25 1991. The field lay open for new players. NATO didn't miss the opportunity. Economic considerations certainly played a role. NATO ministers declared in Copenhagen (June 1991): 'We continue to support with all possible means the reform of the East and West European states... just like the efforts aimed at a modern and competitive market economy.'(10) In Rome, November 1991, the declaration was still clearer about the developments in the Soviet Union: 'The allies are absolutely convinced that political change has to be accompanied by eco-

conomic freedom and the development of market economies. We support the development of an economic policy that promotes trade and economical cooperation between the republics in the interest of growth and stability.'(11) Of course, the US saw here an important role for NATO, for the alliance gives Washington the necessary presence in Europe and at the same time makes it possible for Washington to take the lead. European member states do not necessarily feel the same way. Germany – which later on would emerge as the strong engine for NATO's first expansion round with Poland, Hungary and the Czech Republic – seems to act in a very opportunistic way. Berlin was indeed concerned over a possible instability at its eastern borders, but its economical 'Ostpolitik' that was to give new oxygen to the "Deutsche Wirtschaft" had at least the same importance. This latter objective could also be realised through the European Union. Germany was betting on two horses and so was an actor of changing coalitions.

Out of area

The 1949 NATO treaty made quite some restrictions in the alliance's territorial action radius. Article 6, that regulates the application of common reaction on an attack against a member state (art 5), was during the cold war commonly interpreted very restrictively so that out of area missions were excluded. The underlying objective was to avoid NATO getting involved in the decolonisation struggles of some member countries and to safeguard that the attention would stick paramount to Europe. Moreover, Germany's war past made its political class extra sensitive to out of area operations. In 1983 the then German Minister of Defence, Manfred Wörner, wrote that for his country 'troops deployment outside the NATO area was unmentionable.' (12) The fall of the Berlin wall and particularly the Yugoslavia crisis would change this attitude.

The end of the Warsaw Pact and the dissolution of the Soviet Union made the whole strategic environment change. The trans-Atlantic alliance was presented with an existential dilemma which was often summarised as "out of area or out of business".(13) NATO answered its fundamental threat for the first time with the extension of its powers in its new strategic concept (NSC), which was adopted at the Rome summit of November 7 and 8 1991. (14) Justification was found in Central and East European transformation that lead to economical, social and political difficulties, ethnical tensions and territorial disputes with possible consequences for security in the European NATO zone. Yugoslavia's disintegration – in which some western countries hadn't played an innocent role at all – was a suitable example to underline this argument, but NATO leaders certainly also had the Mediterranean and the Middle East in their mind. This first new strategic concept was to be the go ahead for a gradual transformation of the alliance from a collective defence force towards an intervention force. Initially emphasis lay on the security threats that had to be responded to. NATO member states would however claim the role of operating outside the treaty zone in order to control crises which could jeopardise the stability of the NATO zone.

On the eve of the 1999, Washington Summit NATO secretary general Javier Solana described the stake of the meeting as follows: 'Kosovo shows us clearly the necessity that diplomacy is backed by military force'.(15) The principle that NATO should take up other than purely defensive tasks had been accepted at the beginning of the nineties and was amply tested in Bosnia. NATO bombing of Serb positions around Sarajevo presumably brought the fighting parties to the negotiation table at Dayton, USA. The point is on which legal base this is to happen. January 1994 NATO government leaders still stated that peacekeeping and other operations should be realised under the 'authority of the UN Security Council'.(16) Washington, however, didn't see the necessity to act any longer under explicit UN rule. Already in summer 1993 the US ambassador presented a memorandum to the allies at NATO headquarters in Brussels under the title: With the UN, whenever possible,

without it when necessary. The document was produced some months after the disastrous ending of the Somalia operation which pushed Washington to a critical approach of military operations under the UN flag. It was to become the basic reasoning for the Kosovo war: NATO should not be limited to military actions under UN mandate, but should, if necessary, be ready to act without permission of UN Security Council.(17)

What effectively occurred with the bombing of Belgrade, March 1999. Washington wanted in the first place to get rid of Russian and Chinese consent – both veto countries in UN – for NATO's out of area operations. Britain followed the US point of view, as usual. A spokesman for the British government said before his parliament: '...all NATO operations must have an adequate base in international right... which should not always mean a resolution of the UN Security Council'.(18) In their declaration of the Washington summit for the 50th anniversary, April 1999, the heads of the NATO member states cryptically said there was to be respect paid to the purposes and principles of the UN Charter, instead of the proposal from France 'under the authority of the Security Council'. What this could mean was already clear in the nineties. NATO as well as leading member states began to operate beyond the Security Council. After Bosnia (1995) and Kosovo (1999) the war in Afghanistan was presented as a 'defence' against an attack (and so no UN permission was necessary) and also the British-American war against Iraq (2003) bypassed UN. The invasion of Afghanistan was followed by the biggest military operations ever in NATO's history.

Towards a Global NATO

The formal inclusion of non-article 5 operations (i.e. out of area) in NATO's core business at the Washington summit 1999 was on the one hand a logic next step in the gradual transformation of NATO towards a global military organisation. On the other hand it was still limited to contributions to 'peace and stability in the Euro-Atlantic region'. (19) One could deduct from this second 'new strategic concept' that NATO's operational zone had a limited geographical size. But this implicitness of the wording gave NATO leaders enough space for interpretation; for there was quite a lack of consensus between the US and most European countries. In the eyes of Washington NATO remains the instrument to help better defend its global strategic interests. The US National Military Strategy of 1997 speaks about a global commitment: 'Because America is engaged worldwide, even in peacetime, significant portions of our Armed Forces are present overseas or readily available to deploy overseas, where many of our interests are found. US troops also preserve our access to important infrastructure'.(20) 'Our troops abroad serve as role models for militaries in emerging democracies; contribute uniquely to the stability, continuity, and flexibility that protects US interests; and are crucial to sustained democratic and economic development'. US interests divide into three categories: vital, important and humanitarian. The important interests have an „influence on our well-being and the quality of the world we live in. Applying military power can be fruitful to protect our interest'. The same reasoning can be found in the reference book *The Grand Chessboard* by the former influential national security advisor, Zbigniew Brzezinski. This book is about the basic objective of the United States, i.e. the will to be the sole but also the last world power. In this perspective Eurasia is the most important battleground in the power struggle for world-wide dominance. Eurasia goes according to Brzezinski from Lisbon to Vladivostok where three quarters of mankind live and which contains the same proportion of global energy resources.

In recent years NATO has constructed strengthened alliances at the southern and eastern flanks of this Eurasiatic region with Japan and Australia, that are essential partners to control the Pacific, and with Israel which continues to be the most important western ally in the Middle East.

Afghanistan

Gradually, a debate on article 5 was started, in which the original central mission of the military alliance is formulated: an armed attack on one of the NATO-members shall be considered to be an attack on all members, whereby the allies assist the attacked party with, if necessary, armed violence. This principle risks making the boundaries between the defense of the territory on the one hand and the military tasks outside the zone on the other hand increasingly vague. The response to the terrorist September 11 attacks of 2001 would make this clear. Even though the US attacked Afghanistan in practice at first outside the military alliance, they contributed to the fact that NATO responded with the creative application of article 5. In that manner, the US and the allies could start an external war one month later without asking the UN Security Council for permission, because the Charter of the United Nations allows violence in case of defense against an armed attack. It was not important that the attacks were conducted by an organization (Al-Qaeda) and not by the Afghan Taliban regime. Further, in the background, the opening of natural gas resources from Turkmenistan played an important role and therefore the control over Afghanistan was a necessity. The energy project would finally take shape in the form of the TAPI-pipeline (Turkmenistan, Afghanistan, Pakistan, India). An arrangement on this gas pipeline had been come to in April 2008. (21) Up to the present, the concrete realization of this TAPI-pipeline is hindered by the situation of war in Afghanistan.

After the regime was changed and replaced by a pro-western government, the “defense against an attack” became a long-drawn occupation war. The first time that one could talk about a real out-of-area operation far away from the Euro-Atlantic zone happened with the NATO taking command of the ISAF-troops from the end of 2003 onwards. This was a clear move in the direction of a global NATO.

The conduct of operations in Afghanistan and the experiences gained there would be determining for the further remodeling of the NATO towards a global alliance in the run-up to the major NATO-top in Lisbon in November 2010, where a third NSC would be agreed on. In one of the preparatory seminars Secretary General of NATO Rasmussen declared that it was no longer satisfactory to draw up soldiers, tanks and military materials at the borderlines. Instead of doing that, NATO-members should address the threat and pull it up by the roots.(22) In another seminar, in Warsaw, Rasmussen said that the significance of territorial defense is changing. He argued that if we want to defeat terrorism, we should defeat it at its source and that this is what is happening in Afghanistan.(23)

This striking at the roots of the evil was considered on a gathering organized by NATO and Lloyd’s of London, for a select audience out of the security and trade community on October 1 2009.(24) Organizer Lord Levene introduced the meeting as follows: “Our sophisticated, industrialized and complex world is under attack from a myriad of determined and deadly threats.” Furthermore Rasmussen enumerated a series of threats – going from climate change, droughts and food production drop to cyber security and energy supply problems – which have the non-military aspect in common. The tendency to include social and environmental problems in the military sphere is complementary to the globalization of the NATO and it engages the Treaty Organization ever more emphatically on the field of the UN.

After 10 years of war in Afghanistan, the officials in most NATO countries claim that the NATO mission is succeeding in stabilizing the country. It is asserted that the Afghan authorities are well on their way to take the helm and guarantee the country’s security. With regard to human rights, NATO would also be doing well. However, reality is different. A leaked internal NATO document which states that the influence of the Taliban is growing amongst citizens and that the collaboration between rebels and Afghan security troops is

getting closer, proves this.(25) According to the report, Afghan civilians would prefer Taliban governance to the corrupt Afghan Karzai government. Pakistan's intelligence service (ISI) is said to be still in touch with the Taliban.

After 10 years the situation in this country as a consequence of large-scale military intervention can be described as dramatic: insecurity and violence, poverty, hopelessness, corruption. An 'International Crisis Group' report entitled 'Aid and Conflict in Afghanistan' confirms this.(26) After a decade of massive security support, development aid and humanitarian assistance the international community has not succeeded in making Afghanistan a politically stable and economically livable country. As an international organization, Al-Qa-eda is not at all tied to one country. By the time the US-invasion took place, the most important leaders had already fled. Meanwhile, they installed cells in other countries. The Taliban was initially quickly chased away from power but almost immediately responded with a strong defense. Especially since 2005 the influence of the Taliban grew considerably again and due to the permanent presence of foreign troops it even gained an image of nationalistic resistance. Already at that time a Spanish general did not question whether the foreign troops should leave rapidly, but rather how this could be sold not to make it look like a defeat, because such a perception could cause damage to the future of the NATO.

Presently, many areas are de facto under control of the Taliban or individual warlords not connected with the central regime. This central government, with president Karzai as their signboard, is extremely unpopular with ordinary citizens. It is seen as a puppet government of the US and is known for its obstinate corruption. The training of the national army seems to get nowhere but is nevertheless the straw at which foreign leaders grasp. France, the US and also NATO now propose 2013 as the end of the combat operations, a year earlier than their former intentions. The US are looking for a way that would still ensure a 'non-combatant' military presence after the official retreat. Afghanistan indeed does have a strong geo-strategic importance.

Foreign military expeditions becoming defense

In Lisbon the principle was accepted that there no longer is a difference for the future NATO between standard defense-missions and intervention actions far away from the own territory. In the NSC is written: "The Alliance can be hit by political and safety developments outside the borders or can influence these latter. The Alliance will engage actively in reinforcing international security, by way of partnerships with relevant countries and other international organizations." NATO must therefore "develop and support stalwart, mobile and deployable troops in order to be able to execute both responsibilities mentioned in article 5 and the expeditionary operations of the Alliance, including the NATO Response Force". In other words, in this new strategy every military action on or outside NATO-territory will be defined as an action in the interest of its members' security. Nevertheless the NSC states frankly that it can be necessary to take actions if the energy supplies are menaced. The capacity has to be expanded to "contribute to energy safety including critical energy infrastructure as well as regions and lines of transits..."

Further militarization

The consequence of this principle is that NATO needs to have very mobile, well-equipped armies at its disposal, which costs a lot of money. This is the reason why former US Secretary of Defense Robert Gates criticized the unwillingness of the European allies to follow the Americans' example and invest more in their military devices. In the year 2011, the US provided a record investment of 708 billion for military spending. As Robert Gates says: "The demilitarization of Europe has gone from a blessing in the 20th century to an

impediment to achieving real security and lasting peace in the 21st".(27) In the NSC, member states of NATO make the commitment to "maintain the necessary levels of defense-spending...". It also states that countries commit themselves not to take any decisions regarding arms control and disarmament without thorough consultation with NATO.

Furthermore member states engage in getting a maximal deployment of the troops and their capacity in order to keep operations going in the field. This means a de facto hollowing-out of the parliamentary sovereignty to take their own decisions on this matter, for example as a consequence of budgetary or political choices.

Nuclear NATO

NATO started its nuclearization in the 1950s. Under US president Eisenhower (1953-1961), the US developed as a global nuclear power and opted plainly for a reinforcement of the nuclear capabilities. Investing in nuclear striking power seemed cheaper and more effective than maintaining large, conventional military forces. The technological advances themselves pushed towards new nuclear doctrines. During the 1970s and 1980s the number of nuclear weapons placed in the US and the European allies as well as in the Cold-War enemy Soviet Union reached absolute peaks.

The official nuclear strategy remained nearly unchanged, despite the fact that in the preparatory process for the NATO summit meeting in Lisbon in November 2010 several member states signed with reservations about the American atomic weapons on European territory, that are of no strategic use anymore because their range of action is limited to the former Eastern bloc. In addition, Obama's dramatic speech in Prague on April 5 2009 in which he advocated a nuclear weapon-free world, is now downsized to nothing more than a general agreement without commitment to make further disarmament efforts in the final text of the third NATO Strategic Concept (NSC) as approved in Lisbon.

In the NSC it is written that the warning intimidation based on an adapted mix of nuclear and conventional capabilities remains a central element in the entire strategy. Article 17 states firmly that NATO continues to be a nuclear alliance, as long as nuclear weapons will exist. On the subject of the European nuclear weapons stored by the US on the territories of certain NATO members it is said that "the safety of our allies is chiefly ensured by the strategic nuclear powers of the Alliance, more specifically those of the US; the independent strategic nuclear powers of the United Kingdom and France, which function as nuclear deterrents and contribute to the deterrence in general and the safety of our allies".

Political circles agree upon the fact that the tactical nuclear weapons are militarily not very useful anymore, but would still constitute a necessary political unity for the allied countries, in particular for a number of Eastern European countries. The NATO missile defense system needs to provide these countries with an alternative proof of the US solidarity with European defense, but apparently does not offer sufficient assurance to the Baltic States and countries such as Poland and Czech Republic. In other words, both nuclear weapons and a missile defense system are presently the political cement among NATO members.

The missile defense system becomes a NATO-mission

The 2010 Lisbon summit has indeed decided to include a territorial missile defense system in the NATO strategy. The US have lobbied actively for this change. In the International Herald Tribune (November 15) the American NATO ambassador Ivo Daalder emphasized the importance of the inclusion of the missile defense system as a NATO capability. And according to Daalder, only a small extra cost of 200 million dollars is involved, spread over

the next 10 years. Although there is not much enthusiasm in Europe to invest in this use-less project and although the majority of the European population probably absolutely does not support this, as was proved in the Czech Republic when former plans wanted to install a missile defense radar there, all governments, including the Belgian government, followed Washington at the Lisbon Summit. The NATO will now “develop the capability to defend our population and territories against ballistic missiles as a central element of our collective defense plan, which contributes to the invisible safety of the Alliance”.

President Obama had already changed the project of the missile defense system in Europe of his predecessor G.W.Bush in September 2009 by adapting the fundamental goal. Whereas G.W. Bush regarded this plan as a part of the US continental defense, Obama declared the defense of the European territory and the Middle East as an objective that needs to be dealt with immediately. This had to comfort Russia but also the allies who wanted to avoid building up tension with Moscow. When he emphasized the use of functioning technology, Obama responded to the criticism over the technical readiness of the large-scale defense missile system.

To realize this thorough reorientation, the Pentagon had elaborated a Phased adaptive approach to the missile defense system in Europe. Firstly, from 2011 onwards, the US develops functioning anti-missile systems in Europe: inter alia the cruiser Aegis at sea (US base Rota in Spain), Patriot-rackets (Poland), SM-3 missile interceptors (Romania, Bulgaria) and sensors such as the „forward based“ Army Navy/Transportable Radar Surveillance System (AN/TPY-2 in Turkey). In latter phases both components – interceptors and sensors – are developed further and made more powerful.

Europe

The past debate whether our armies should be either European or trans-Atlantic, seems to be slid into the background definitively. During last years, the consensus that NATO too will benefit from the reinforcement of a European Common Safety and Defense Policy is growing. NATO Secretary General Rasmussen stated in November 2009 that he does not see the development of a European Security and Defense Policy in competition with NATO, but rather complementary to NATO. The European Lisbon Treaty (article 42 subsection 2) legitimized NATO as an important institution in terms of the common defense in Europe. In an attached protocol it is said that a more explicit role of the Union in the field of security and defense will enhance the vitality of a renewed Atlantic Alliance. EU countries who traditionally adopt a neutral standpoint and who are not members of NATO are nevertheless connected to the trans-Atlantic Alliance and thus to US politics via this Treaty.

Moreover, in the third NATO Strategic Concept (NSC) the relation between EU and NATO is highlighted and the partnership between the two is even reinforced, with the improvement of the practical cooperation during crisis operations, the broadening of the mutual consultation and more participation in developing military capabilities. “The EU is a unique and essential NATO partner”, as reported by the NSC. “NATO acknowledges the importance of a stronger and more competent European defense”.

Recently, nervousness in the Pentagon has seemed to increase about the limited European enthusiasm to raise the military budgets. The departing US minister of defense Robert Gates argued in mid-2011 in favor of more military expenses by the European NATO members. Otherwise, it is said that the danger of Americans no longer willing to pay a lot of money to finance the defense of others is growing. Robert Gates also repeated his concern with a stratified alliance: “In the past, I’ve worried openly about NATO turning into a two-tiered alliance: between members who specialize in “soft” humanitarian, development,

peacekeeping, and talking tasks, and those conducting the “hard” combat missions. Between those willing and able to pay the price and bear the burdens of alliance commitments, and those who enjoy the benefits of NATO membership but don’t want to share the risks and the costs. This is no longer a hypothetical worry. We are there today. And it is unacceptable.” (28)

His second point concerned the NATO operations in Libya in 2011. Because of the lack of will and resources NATO may risk not continuing to realize an integrated, effective and persistent military campaign both in the air and at sea. He gives attention to the consensus decision on the operation in Libya taken by NATO, but points out that less than half of the members participate and that less than a third of the allies effectively take part in the air attacks. “For many of them it is not because they do not want to, but because they cannot participate. They simply do not possess the military resources”. He argues that certain missions can only be realized by virtue of an extra effort made by the US. “The most powerful alliance of history started an operation against an opponent that is not heavily armed in a sparsely populated country only 11 weeks ago, yet several allies are starting to run out of ammunition and once again the US have to come to their rescue”.

The military campaign against Libya shows clearly that NATO focuses on the oil-rich states, in which Europe and the US see a common interest. In order to protect civilians the NATO started bombing Libyan cities and places where Gaddafi-supporters resided during months in 2011.

Several issues are involved in the operation in Libya. European as well as American enterprises profited from the plunder of African raw materials. From a western point of view a new competitor has shown up as China is seeking to expand its presence in Africa. This is why the old European colonial countries feel constrained to give their partnership with Washington a new dimension: a cooperation to secure their interests on the African continent. A strong warning is to be given to China and other rivals that they are setting foot on private hunting ground. That is the *raison d’être* of the Pentagon-department Africom and the current structural connection with Eucom and NATO.

The political and moral justification for an intervention in Libya – in which the Libyan leader Gaddafi was accused of attacks against his own civilians – primarily originated from Paris and London. NATO took over the military charge and coordination from France and Great Britain. On the official pretext of citizens’ protection (with a UN resolution based on the „Responsibility to Protect” principle) a change of regime was compassed. Today, there is no question of a safe and stable Libya, among other reasons because the armed militias, supported by the NATO, refuse to disarm. During the Libyan war 30 to 50,000 people died, racist violence against black Libyans and African immigrants was organized and the insurgents are guilty of large-scale executions of opponents in Sirte. The „Responsibility to Protect” does not seem to have any value anymore for post-Gaddafi Libya in the western capitals, be it in the US, in Canada or in the EU. Full attention has turned to Syria and Iran.

Conclusion

In the whole course of its history NATO has tried to justify its existence with all kinds of arguments. During the Cold War emphasis lay on the military threat of Central and East European communism. When the Warsaw Pact had been dissolved new arguments were to be put forward. First it was about the consequences for our security caused by the unstable ex-communist states. When the latter were at the point to join NATO or the European Union, NATO saw itself play the role of humanitarian intervention force. After nine-eleven the war on terror, the danger of rogue states and cyberterrorism became the headlines of all speeches and analysis papers in western strategic and political circles.

NATO has little to do with the 'defense of values, democracy, human rights, freedom and a law based state' as then NATO secretary general Javier Solana claimed on the occasion of the 50th anniversary of NATO. NATO is about defense of economic and geostrategic interests, as its history shows abundantly. A number of memberstates were all but examples of good practice. Just to mention in this field Portugal under Salazar, the military regime of the colonels in Greece, the serial military coups in Turkey and the atrocities committed by the colonial NATO members. After the Cold war NATO continued to manifest itself as the military shield for the economic interests of its member states. Every now and then this is overtly admitted by the NATO protagonists themselves as in the following quote of the former secretary general, Jaap de Hoop Scheffer in his Brussels New Year's speech of January 8, 2008. "This century will be, to a large extent, about energy. Energy security is a theme where NATO is in the process of defining its added value. Protection of critical energy infrastructure. You've heard me before. It has been discussed already previously. NATO certainly doesn't carry the primary responsibility in the framework of energy security. NATO's not an economic organization. But there is certainly added value to be defined and you can be sure and certain that energy security will also figure on the agenda of the Bucharest Summit"

The Libya operation seems now to show something like the beginning of a new strategy. This is how president Barack Obama expressed it in his speech on defence January 5, 2012. "As a global force, our military will never be doing only one thing. It will be responsible for a range of missions and activities across the globe of varying scope, duration, and strategic priority. This will place a premium on flexible and adaptable forces that can respond quickly and effectively to a variety of contingencies and potential adversaries.

Again, that's the nature of the world that we are dealing with. In addition to these forces, the United States will emphasize building the capacity of our partners and allies to more effectively defend their own territory, their own interests, through a better use of diplomacy, development, and security force assistance." Although conservative America reacted as if the end of the US as world power was announced, Obama's speech doesn't diminish at all his will to maintain both US hegemonical position and US war capacity. "As we shift the size and composition of our ground, air and naval forces, we must be capable of successfully confronting and defeating any aggressor and respond to the changing nature of warfare. Our strategy review concluded that the United States must have the capability to fight several conflicts at the same time." 28

Defense Secretary Leon Panetta described this new strategy as building more on the air force and on indirect operations through mandated partners, in view of the lowest possible commitment of own American forces.

NATO as executor of US strategy, history repeats itself.

Notes see end of translation

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern